



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **17. Dezember 2025** folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Brigittenau bekennt sich dazu, dass angesichts der Steigerung der Lebenserhaltungskosten und der umfangreichen allgemeinen Sparmaßnahmen Menschen mit Behinderung, ältere und kranke Personen und Alleinerziehende eines besonderen Schutzes bedürfen.

BEGRÜNDUNG

Die Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, was auf Krisen wie die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Die Menschen im 20. Bezirk bekommen diese Teuerung ganz besonders zu spüren, handelt es sich bei der Brigittenau doch um einen der ärmsten Bezirk Wiens. Die derzeit notwendigen Sparmaßnahmen dürfen jedoch nicht auf Kosten von ohnehin schon sozial schwachen Bürger:innen gehen, beispielsweise durch Kürzungen oder Erschwernisse beim Zugang zu Mindestsicherung, Familien-, Wohn- und Mietbeihilfe genauso wie beim warmen Mittagessen für Obdachlose oder Kinder.

Die Kürzungen bei der Sozialhilfe treffen vor allem Menschen mit Behinderung, ältere und kranke Personen. Besonders fatal sind die Abschaffung des Eltern-Familienzuschlags und die Kürzung der Kindermindestsicherung. Das betrifft vor allem Familien mit geringen Einkommen und Alleinerziehende hart. Auch Programme der Arbeitsplatzförderung und Suchthilfe sind gesellschaftlich wichtig und dürfen nicht gestrichen werden.

Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich daher dafür aus, dass vulnerable Bevölkerungsgruppen trotz Sparmaßnahmen nicht in ihrer Existenz bedroht werden.

EINFACHE SPRACHE

Was steht im Antrag?

Das Leben ist viel teurer geworden.

Besonders im 20. Bezirk haben viele Menschen wenig Geld.

Bund, Land und Stadt müssen sparen.

Beim Sparen darf man arme Menschen nicht benachteiligen.

Geld zum Wohnen und Leben für arme Menschen sollen bleiben und leicht zu bekommen sein.